

**Dieter Farwick, Babak Khalatbari:**

## **Krieg und Frieden**

### **Stellt sich bei soft und hard power die Gretchenfrage?**

*Die Politische Meinung, Nr. 422 (Jänner 2005), S. 42–44*

Dieter Farwick und Babak Khalatbari versuchen in diesem Beitrag in der Jännerausgabe der „Politischen Meinung“, einer Zeitschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit Hilfe der Literatur wohl einem der wichtigsten Problembereiche unserer Gesellschaft – Krieg und Frieden – näher zu kommen. Die Gretchenfrage in Goethes Faust 1 sehen sie „als Synonym für eine sehr direkte, an den Kern eines Problems gehende Frage“. Wer sich allerdings mit der Antwort Fausts auseinandergesetzt hat, weiß, dass sie sehr ausweichend ausgefallen ist. Warum wohl? War doch für Faust die Gefahr gegeben Gretchen zu verlieren!

Übertragen auf die Außen- und Sicherheitspolitik stellt sich die Frage nach hard power und soft power und wozu man sich bekennt. Überspitzt formuliert steht soft power für die EU und hard power für die USA. In dem vorliegenden Artikel wird der Irak-Konflikt als Beispiel genommen, in dem sich unter anderem Deutschland, als „Zivilmacht und Zivilgesellschaft“ nach dem soft power-Prinzip präsentierte. Soft power wird dargestellt als die Anwendung von nichtmilitärischen Mitteln, um Einfluss auf andere Staaten und Bündnisse zu nehmen, weiters Diplomatie, Entwicklungshilfe, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit in staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen. Diese Vorgangsweisen sollten bei Krisen präventiv wirken.

Auch wird die soft power im Allgemeinen natürlich als moralisch höher stehend bewertet, die unangenehmere Variante, die hard power, überlässt man lieber den Amerikanern mit der Unterstellung, dort könnten leichter schwer wiegende Fehler gemacht werden, für die man sich in der Öffentlichkeit verantworten muss. In diesem Zusammenhang wird Egon Bahr zitiert: „Die Amerikaner führen Kriege, die Europäer sichern den Frieden.“ Nach Meinung der Autoren sollte die Arbeitsteilung zwischen soft und hard power allerdings über-

dacht werden. Der entscheidende Faktor dabei ist die Krisen- und Konfliktprävention, denn hard power kann nur dann effektiv sein, wenn sie Glaubwürdigkeit in der Androhung besitzt. In der Sicherheitspolitik bedeutet das, die Streitkräfte müssen effizient in ihrer Einsatzfähigkeit und Größe sein.

In dem Artikel wird besonders auf die Situation der deutschen Streitkräfte eingegangen, die allerdings mit der der restlichen europäischen Armeen außer der britischen vergleichbar ist. Der europäische Trend geht dazu, sich von der hard power abzuwenden, aus welchen Gründen auch immer, und sich der soft power zuzuwenden. Ob damit eine Verbesserung der eigenen Interessenswahrnehmung und der Sicherheit einhergeht, wird sich zeigen. Ein transatlantischer Rivalitätskampf um mehr Einfluss zum Beispiel im Nahen und Mittleren Osten bringt für keine Seite wirkliche Vorteile.

Eine Möglichkeit wäre es aus Sicht der Autoren, „die vorhandenen Asymmetrien mithilfe komparativer Vorteile in Synergieeffekte umzumünzen“. Die sinkenden europäischen Verteidigungsbudgets haben zur Folge, dass Bestrebungen wie die 1999 in Helsinki festgelegte European Rapid Reaction Force von 60 000 Soldaten noch lange nicht umgesetzt sind und Europa kein operatives Zentrum für weltpolitisches Handeln besitzt. Eine Kompensation für dieses Defizit sei die NATO Response Force der Europäer. Anspruchsvollere Aktionen bleiben damit natürlich weiterhin Sache der Amerikaner. Alle in dem Artikel angeführten Beispiele und Argumente zeigen, dass die Hinwendung zu dem soft power-Prinzip durchaus einen moralischen und ethischen Wert besitzt, jedoch der Preis, der dafür zu bezahlen ist, der Verlust einer wirkungsvollen Außen- und Sicherheitspolitik, zu hoch ist.

Der Feststellung, wer stark sein möchte, muss auch tatsächlich stark sein, kann man zustimmen. Wenn es jedoch wie in Europa zu einem Umdenken in der Aufgabenstellung und demzufolge auch der Sicherheitspolitik kommt, muss auch beachtet werden, dass soft power sehr wohl einen wesentlichen Beitrag zur Krisen- und Konfliktbewältigung leisten kann, nur darf dies nicht zur Aufgabe der nationalen Sicherheitsinteressen führen.

**Ursula Sedlacek**